

Der Bürgermeister

**DETMOLD**  
Kulturstadt  
im Teutoburger Wald

Detmold, 06.12.2018

## **E i n l a d u n g**

zur 34. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Rates am **Mittwoch**, 19.12.2018, 17:00 Uhr, **Alte Schule am Wall, Wall 5, 32756 Detmold, Aula**  
**BITTE BEACHTEN SIE DEN GEÄNDERTEN SITZUNGSORT !**

---

---

### **Tagesordnung**

#### **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

- 1 Vorstellung der neuen Leitung Fachbereich 8 "Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen"
- 2 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, Vorschläge und Anfragen der Politik, Informationen der Verwaltung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 22.11.2018
- 4 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien
- 5 Gründung einer kommunalen Wohnungsgenossenschaft für die Britensiedlung/Immelmannstraße in Detmold  
Vorlage: VV/448/2018
- 6 Satzungsangelegenheiten
  - 6.1 Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Entsorgungssatzung vom 11.10.2017.  
- Senkung der Abwassergebühr Schmutzwasser  
Vorlage: Fb 5/341/2018
  - 6.2 Änderung der Friedhofssatzung sowie der Friedhofsgebührensatzung  
- Änderung der Bestattungszeiten -  
Vorlage: Fb 7/361/2018

- 6.3 Änderung der Satzung über die Beschaffenheit und Größe von Spielflächen für die Kleinkinder in der Stadt Detmold  
hier: 1. Ergänzungsvorlage  
Ortsteil: Gesamtstadt Detmold  
Vorlage: Fb 6/406/2018/1
- 6.4 Änderung der Satzung der Stadt Detmold über die Ablösung von Stellplätzen vom 29. September 1981  
Ortsteile: Detmold Nord, Detmold Süd  
Vorlage: Fb 6/452/2018
- 7 Neufassung der Entgeltordnung für die freiwilligen Leistungen des Förderzentrums  
Vorlage: Fb 2/386/2018
- 8 Schreiben der Ratsfraktion Die Linke vom 12.11.2018  
"Antrag: "Die Stadt Detmold wird mehr in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen"  
-Schreiben und Verwaltungsvermerk Fachgebietsleitung 2.0-2 sind beigefügt
- 8.1 Drei Schreiben der Gruppe Nadelstiche / Seebrückengruppe Detmold  
"Offener Brief an den Bürgermeister Herrn Rainer Heller und den Rat der Stadt Detmold;  
Detmold zum sicheren Hafen im Sinne der Seebrücke machen"  
-Schreiben sind beigefügt
- 9 Bebauungspläne und sonstiges Baurecht
- 9.1 Außenbereichssatzung gem. § 35 (6) BauGB 16-03 "In den Röhren"  
Ortsteil: Berlebeck  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: Fb 6/446/2018
- 9.2 Flächennutzungsplanänderung Nr. 22 "Falkenkruggelände"  
Ortsteil: Spork-Eichholz  
Änderungsbeschluss  
Vorlage: Fb 6/449/2018
- 10 Feststellung des Jahresabschlusses 2017 und Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage: 1.4/414/2018
- 11 Stellenplan 2019 - Gesamtdarstellung  
Vorlage: Fb 1/438/2018

- 12 Budgetberatung sowie Haushaltssatzung 2019 mit Anlagen und Hebesatzsatzung  
Vorlage: Fb 1/456/2018
- 13 Stadtwerke Detmold GmbH - Beendigung der Beteiligung der Lippe Energie Verwaltungs-GmbH  
an der LVL Windkraft Kalletal GmbH & Co. KG  
Vorlage: Fb 1/460/2018
- 14 Detmolder Gesellschaft für Stadtentwicklung - Gründung einer kommunalen  
Wohnungsgenossenschaft für die Britensiedlung/Immelmannstraße in Detmold  
Vorlage: Fb 1/462/2018
- 15 Verschiedenes

## **B. NICHT ÖFFENTLICHE SITZUNG**

- 1 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, Vorschläge und Anfragen der Politik, Informationen der  
Verwaltung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung vom 22.11.2018
- 3 Stellenplan 2019  
Vorlage: Fb 1/395/2018
- 4 Erwerb von Teilflächen der ehemaligen britischen Wohnliegenschaften in Detmold  
bebaute Grundstücke innerhalb des Cluster 2.1 Immelmannstraße, Frieda-Nadig-Weg  
Ortsteil: Detmold Nord  
Vorlage: VV/444/2018
- 5 Erwerb von Teilflächen der ehemaligen Wohnliegenschaften in Detmold, unbebaute  
Grundstücke Spielplatz Frieda-Nadig-Weg und Zuwegungen  
Ortsteil: Detmold Nord  
Vorlage: VV/445/2018
- 6 Erwerb von Teilflächen der ehemaligen britischen Wohnliegenschaften in Detmold,  
bebaute und unbebaute Grundstücke für Infrastruktureinrichtungen innerhalb des Cluster 1.1 –  
1.5, Eckenerstraße  
Ortsteil: Detmold Nord  
Vorlage: VV/447/2018

7 DetCon Konzernabschluss 2017  
Vorlage: Fb 1/457/2018

8 DetCon GmbH Wirtschaftspläne 2019  
Vorlage: Fb 1/459/2018

9 Verschiedenes



Rainer Heller  
Bürgermeister

Rat am 22.11.2018  
Anlage zu Punkt 44.5  
der Tagesordnung  
(öffentl. / nicht ö.)

Rat am 19.12.2018  
Anlage zu Punkt 48  
der Tagesordnung  
(öffentl. / nicht ö.)

**DIE LINKE.LIPPE**  
Fraktion im Rat der Stadt Detmold

Die Linke, Fraktion im Rat der Stadt Detmold, Exterstraße 9, 32756 Detmold

An die Ausschüsse und den Rat  
der Stadt Detmold  
Herrn Bürgermeister Rainer Heller  
Marktplatz 5  
32756 Detmold  
per Mail

Exterstraße 9  
32756 Detmold  
05231-3028600  
ratsfraktion-detmold@dielinke-lippe.de

SparKasse Detmold  
BIC: WELADE3LXXX  
IBAN: DE68 4765 0130 0046 2758 71

Detmold, 12.11.2018

**Antrag: „Die Stadt Detmold wird mehr in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen!“**

Sehr geehrter Bürgermeister Heller,

den folgenden Antrag bitten wir, die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Detmold, auf die nächstmögliche Tagesordnung des Rates, bzw. des zuständigen Ausschusses zu setzen:

**Beschlussvorschlag:**

- Der Rat der Stadt Detmold schließt sich der Erklärung der Stadt Blomberg, sowie den Erklärungen aus weiteren Städten wie z. B. Lübeck, Potsdam, Bonn, Köln und Düsseldorf an und erklärt, in Seenot geratene Flüchtlinge entsprechend den vorhandenen Kapazitäten aufnehmen zu wollen.
- Die Stadt Detmold unterstützt den offenen Brief der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf vom 26.07.2018 an Bundeskanzlerin Angela Merkel, der auch vom Deutschen Städte-tag begrüßt wurde.
- Der Bürgermeister wird beauftragt, das Bundeskanzleramt und die Presse darüber zu informieren.

**Sachdarstellung:**

Die Zahlen Geflüchteter, die in Deutschland ankommen, sind stärker als prognostiziert zurückgegangen. Dadurch stehen auch in Detmold mehr Kapazitäten zur Aufnahme geflüchteter Menschen zur Verfügung.

Da sowieso nicht alle Überkapazitäten bei den vorhandenen Unterkünften kurzfristig abgebaut werden können, kann der Beschluss auch im Rahmen einer sparsamen Haushaltsführung als sinnvolle Maßnahme umgesetzt werden. Denn es gilt nicht zuletzt, die vorhandenen Unterkünfte besser angemessen zu nutzen, als sie durch Leerstände, die ebenfalls einen finanziellen Aufwand verursachen, zu einem völlig nutzlosen Kostenfaktor werden zu lassen.

Gleichzeitig stellen wir jedoch im Hinblick auf die Gesamtsituation Geflüchteter fest, dass der Rückgang nicht auf verbesserten Umständen in den Heimatländern der Schutzsuchenden basiert. Entsprechende politische Willenserklärungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen sind bisher nirgends umgesetzt worden.

Vielmehr ist es so, dass stattdessen alle sicheren Fluchtmöglichkeiten massiv eingeschränkt wurden. In der Konsequenz ertrinken immer mehr Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. In letzter Zeit verhindert insbesondere die Kriminalisierung von privaten Rettungsschiffseinsätzen, dass Menschenleben gerettet werden können. Mit dem Argument, dass die Geflüchteten nirgendwo in der EU Aufnahme finden und vor Ort in völlig überlasteten Aufnahmelagern verbleiben müssten, verweigern überdies viele Mittelmeerhäfen und die überwiegende Anzahl von Mittelmeer-Anrainerstaaten den Schiffbrüchigen sichere Anlegeplätze.

Die Menschen zurück nach Libyen zu bringen, darf erst recht keine Option sein: Längst ist bekannt, dass in den dortigen Flüchtlingslagern unmenschliche Zustände herrschen. So berichteten Diplomaten des Auswärtigen Amtes: „Exekutionen nicht zahlungsfähiger Migranten, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste sind dort an der Tagesordnung“.

Wenn der Rat der Stadt Detmold deutlich macht, dass hier auch weiterhin die Bereitschaft besteht, geflüchtete Menschen aufzunehmen, ist dies ein deutliches Signal, dass die Zivilgesellschaft in Detmold einer Verrohung unserer Gesellschaft wirksam entgegentritt. Ein solcher Ratsbeschluss zeigt:

Detmold übernimmt Verantwortung und die Ratsversammlung leistet ihren Beitrag zu einem menschlichen Umgang miteinander!

Daher bitten wir die Mitglieder des Rates um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen

Evelin Menne

(Fraktionsvorsitzende)

Detmold, 19.11.2018

### Vermerk

Betr. : Stellungnahme zum Antrag der Detmolder Ratsfraktion „Die Linke“ vom 12.11.2018 zur Aufnahme zusätzlicher, in Not geratener Flüchtlinge

1. Mit Schreiben vom 12.11.2018, auf dessen Inhalt zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug genommen wird, beantragt die Ratsfraktion „Die Linke“, dass die Stadt Detmold mehr in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen solle. Gleichzeitig wird ein dreiteiliger Beschlussvorschlag unterbreitet:
  - a) Der Rat der Stadt Detmold schließt sich der Erklärung der Stadt Blomberg (...) an und erklärt, in Seenot geratene Flüchtlinge entsprechend den vorhandenen Kapazitäten aufnehmen zu wollen.
  - b) Die Stadt Detmold unterstützt den offenen Brief der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf vom 26.07.2018 an die Bundeskanzlerin Angela Merkel (...).
  - c) Der Bürgermeister wird beauftragt, das Bundeskanzleramt und die Presse darüber zu informieren.

Im Folgenden werden die Unterbringungssituation sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine freiwillige Aufnahme Geflüchteter dargestellt, sodann auf die Beschlussvorschläge eingegangen.

2. Unterbringungssituation: Unter Berücksichtigung bereits aufgegebener bzw. zur Aufgabe anstehender Objekte muss die Anzahl der Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) ständig nachgehalten werden. Bei der Unterbringung sind Besonderheiten des jew. Einzelfalls zu berücksichtigen, wie z.B. Geschlecht, ethnische Herkunft, Religionszugehörigkeit, Familiengröße, Krankheiten und Behinderungen. Diese Besonderheiten können die tatsächlich zur Verfügung stehende Unterbringungskapazität deutlich reduzieren und sind nicht vorausschauend planbar.  
Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass in den GU zzt. ca. 100 Geflüchtete wohnen, die bereits über ein Bleiberecht verfügen und nicht mehr auf die FlüAG-Quote angerechnet werden, aber auf dem Detmolder Wohnungsmarkt trotz intensiver Unterstützung durch die Kontaktstelle nur schwer eine eigene Wohnung finden. Mit einem zahlenmäßigen Anstieg dieser Personen ist künftig zu rechnen, ebenso mit weiteren FlüAG-Zuweisungen. Auch hier ist keine valide Prognose möglich.
3. Rechtliche Rahmenbedingungen zur Aufnahme Geflüchteter: Für die Erteilung einer Einreisegenehmigung aus dem Ausland sind grds. die jew. Deutschen Auslandsvertretungen zuständig. Eine Aufenthaltsgewährung aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen ist der Bundes- oder zuständigen Landesregierung vorbehalten, vgl. §§ 22, 23 Aufenthaltsgesetz. Der Stadt Detmold ist hier eine eigenständige Regelung verwehrt.

Schutzsuchende haben die Möglichkeit, nach Einreise in das Bundesgebiet einen Asylantrag zu stellen. Im Zuge des Asylverfahrens wird, in NRW durch die BezReg Arnsberg, auf der Grundlage des sog. Königsteiner Schlüssels und dem Stand der jew. Erfüllungsquote nach dem FlüAG entschieden, welcher Kommune der/die Asylsuchende zugewiesen wird. Nach der Zuweisung erfolgt eine Anrechnung auf die FlüAG-Quote. Sofern der/die Asylsuchende kommunale Mittel (AsylbLG-Leistungen) erhält, was der Regelfall ist, wird bis längstens drei Monate nach rechts- bzw. bestandskräftigem Abschluss des Asylverfahrens eine FlüAG-Pauschale gewährt.

Seitens der Stadt Detmold bestünde die Möglichkeit, bei der BezReg Arnsberg darum zu bitten, ihr Asylantragsteller/innen auch oberhalb der FlüAG-Erfüllungsquote zuzuweisen. Man kann erfahrungsgemäß jedoch keinen Einfluss auf die Herkunft dieser Geflüchteten, z.B. beschränkt auf in Seenot geratene Personen, nehmen.

4. Beschlussvorschläge der Linken:

zu a)

Im Hauptausschuss der Stadt Blomberg wurde am 10.10.2018 folgender Beschluss gefasst: „Der Rat der Stadt Blomberg appelliert an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, schnellstmöglich eine Verbesserung der unhaltbaren Situation der Schiffbrüchigen herbeizuführen und erklärt sich bereit, im Rahmen bundeseinheitlicher Regelungen Flüchtlinge auch über die Anzahl der derzeit in Blomberg lebenden Geflüchteten hinaus aufzunehmen.“

Aus Sicht des Uz. könnte ein analoger Beschluss durch den Rat der Stadt Detmold gefasst werden:

„Der Rat der Stadt Detmold appelliert an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, schnellstmöglich eine Verbesserung der unhaltbaren Situation der Schiffbrüchigen herbeizuführen und erklärt sich bereit, im Rahmen bundeseinheitlicher Regelungen Flüchtlinge auch über die Anzahl der derzeit in Detmold lebenden Geflüchteten hinaus aufzunehmen.“

Hierdurch würde entsprechend dem Wunsch der Antragsteller signalisiert, dass die Stadt Detmold einer Verrohung der Gesellschaft entgegentritt und Bereitschaft besteht, geflüchtete Menschen aufzunehmen.

zu b) und c)

In einem gemeinsamen Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 26.07.2018 boten die Städte Düsseldorf, Köln und Bonn der Bundesregierung an, in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Dabei setzten sich die Oberbürgermeisterin und die beiden Oberbürgermeister der Städte auch dafür ein, die Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen: "Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen".

Frau Verena Göppert, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, erklärte zu diesem offenen Brief am 27.07.2018:

"Solange Menschen auf der Flucht im Mittelmeer sterben, muss es intensive politische Anstrengungen geben; dieses Drama zu lösen. Der Deutsche Städtetag hält es deshalb für eine große Geste, dass die Städte Köln, Düsseldorf und Bonn ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen wollen. Ob andere Städte ebenfalls anbieten können, Menschen aus der Seenotrettung aufzunehmen, bis eine europäische Lösung vereinbart ist, kann nur vor Ort entschieden werden."

Den Beschlussvorschlägen der Linken zu b und c könnte aus Sicht des Uz. gefolgt werden.

5. Durchschriften an A, FL 8, 1.10

Im Auftrag  
  
(Uwe Rieks)



Rat am 22.11.2018  
Anlage zu Punkt A 1.5  
der Tagesordnung  
(öffentl. / nicht ~~...~~)

Sehr geehrter Herr Heller,

danke für das nette Gespräch heute bei der Übergabe des offenen Briefes an Sie und den Rat der Stadt Detmold.

Hier noch einmal eine genaue Definition unserer Überschrift:

„Detmold zum „sicheren Hafen“ im Sinne der Seebrücke machen“

es geht in unserer Aussage darum, dass die Kommunen bzw. die Stadt Detmold offensiv anbietet, Gerettete aus dem Mittelmeer aufzunehmen.

Wir bitten dieses in unserem Antrag / offenen Brief mit aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
H.E. Klarholz

Für die „Gruppe Nadelstiche / Seebrückengruppe Detmold“

☎ 0151/646 847 08

e-mail: [detmold@seebruecke.org](mailto:detmold@seebruecke.org)

e-mail: [nadelstiche-mittelmeer@t-online.de](mailto:nadelstiche-mittelmeer@t-online.de)

c/o Heinrich Eckard (Henry) Klarholz  
Wittjestr. 8  
32756 Detmold  
Tel.: 05231- 35111  
FAX: 05231 – 961 4112  
Handy: 0160 953 159 16  
[henry.klarholz@t-online.de](mailto:henry.klarholz@t-online.de)

Mitglied und Mitarbeit in:

Den Gruppen: hierbleiben / wachbleiben / Nadelstiche – Seebrücke Detmold

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bezirk Herford-Minden-Lippe

Verein Direktversicherungsgeschädigte e.V. / <https://www.dvg-ev.org/>

Sae-Eye e.V. Seenotrettung vor der Küste Afrikas / [sea-eye.org/](http://sea-eye.org/)

Kontaktgruppe Heldmanstraße / Kirchengemeinde Detmold Ost / wir für Flüchtlinge

In Detmold <http://www.heldmanstrasse2.de/impressum.php>

definetz e. V. Drei-Eichen- Weg 5 Gut Drechen 59069 Hamm <http://definetz.com/index.php/de/>



☎ 0151/646 847 08

e-mail: detmold@seebruecke.org

e-mail: nadelstiche-mittelmeer@t-online.de

EINGEGANGEN  
Stadt Detmold

c/o H.E. Klarholz, Wittjestr. 8, 32756 Detmold

Bürgermeister der Stadt Detmold  
Herrn Rainer Heller  
Rat der Stadt Detmold  
Marktplatz 5  
32756 Detmold

19. Nov. 2018

17. November 2018

*Handwritten signature: Neugier*

*Handwritten signature: Rat*

*Handwritten signature: Pers. u. Serge Se*

OFFENER BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER HERRN RAINER HELLER UND DEN RAT DER STADT DETMOLD

Detmold zum „sicheren Hafen“ im Sinne der Seebrücke machen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie und den Rat der Stadt Detmold, weil wir die politische Stimmung, die in den letzten Monaten durch eine gezielte Debatte von Teilen der Bundesregierung und anderer politischer Vertretungen endgültig in offene Menschenfeindlichkeit gekippt ist, nicht mehr länger aushalten und unwidersprochen stehen lassen wollen. Daher fordern wir Sie dazu auf:

Detmold zu einem „Sicheren Hafen“ zu erklären!

Menschen suchen den Weg über das Mittelmeer, um aus bedrohlichen, unmenschlichen und perspektivlosen Lebensumständen auszubrechen. Nun wird selbst die Seenotrettung von europäischen Regierungen (mit Unterstützung von Teilen der Bundesregierung, an der Ihre Parteien, die SPD und CDU beteiligt sind) kriminalisiert und private und ehrenamtliche Rettungsschiffe an ihren Einsätzen gehindert. In der Zeit vom 01.01.2018 bis zum 30.06.2018 ertranken 1405 Menschen im Mittelmeer; allein im Juni waren es laut UNHCR 629 Menschen (etwa jede\*r sechste Geflüchtete) – und das, obwohl



34°37'40"N, 14°27'19"E, 04:50 UTC



SAR 25.05.2017



SAR 25.05.2017



SAR 25.05.2018

Seenotrettungsschiffe in europäischen Häfen bereitstehen; diese werden von den Behörden aber gezielt am Auslaufen gehindert. Dem Rettungsschiff «Aquarius» von Ärzte ohne Grenze droht die Entziehung der Registrierung.

Scharfe Kritik an den Vorwürfen gegenüber privaten Seenotrettern im Mittelmeer hat der Vorsitzende der Kammer für Migration und Integration der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der rheinische Präses Manfred Rekowski, (anlässlich seines Besuches der NGOs im Juli 2018 auf Malta) geäußert. „Diese Helferinnen und Helfer retten Menschenleben, die in Seenot sind. Der Vorwurf, sie arbeiteten den Schleppern in die Hände, kriminalisiert sie und ihren wertvollen Dienst“, sagte Rekowski nach einem Treffen mit Crew-Mitgliedern des Seenotretters Sea Watch auf Malta.

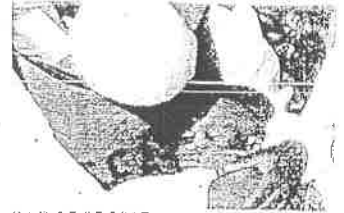
Tausende von ertrunkenen Menschen sind Ausdruck einer humanen Tragödie, die sich an Europas Außengrenzen abspielt. Sie sind Folge einer Politik der zunehmenden Schutzverweigerung an den EU-Außengrenzen und der immer rigideren Abschottung und Abschreckung.

Es findet also ein wissentliches, kalkuliertes „Sterben-Lassen“ im Mittelmeer statt!

Und in den letzten Tagen erreichten uns erschütternde Meldungen, bei denen man nicht mehr von passivem Sterbenlassen sprechen kann: eine geflüchtete Frau wurde durch die Schüsse der tunesischen Marine auf das Rettungsboot getötet, zwei Menschen wurden durch Schüsse verletzt. Laut „kurier.at“ vom 28.10.2018 sind bei der gefährlichen Überfahrt von Marokko nach Spanien nach Angaben einer spanischen NGO zwei siebenjährige Kinder gestorben.

Es ist nicht hinnehmbar, dass das Mittelmeer ein Massengrab wird.“ – mit diesen Worten mahnte Papst Franziskus 2014 die EU, ihrer Verantwortung im Mittelmeer gerecht zu werden und das massenhafte Ertrinken im Mittelmeer zu verhindern.

Erstmals seit 2012 gab es wieder sogenannte „Push-Back“-Aktionen, bei denen Geflüchtete aus internationalen Gewässern gegen ihren Willen nach Libyen gebracht wurden. Dies verstößt eindeutig und eklatant gegen internationales Recht. Angesichts dieser Situation, eines bedrohlichen gesellschaftlichen Rechtsrucks, der sich unter anderem in der unfassbaren Kälte der Migrationspolitik, im sich erhärtenden Rassismus der Gesellschaft und ihrer fortschreitenden Endsolidarisierung zeigt, benötigt es dringend deutliche Zeichen des Widerspruchs zu dieser Politik. Auch Sie als Kommunalpolitiker und Bürgermeister und als Ratsmitglieder können so ein Zeichen setzen. Die Oberbürgermeister der NRW-Städte Bonn, Düsseldorf und Köln haben bereits die Bereitschaft ihrer Städte erklärt, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Bielefeld und Blomberg/Lippe haben sich auch dazu bereit erklärt. Auch wenn diese Aufnahme bislang von



SAR 25.05.2017



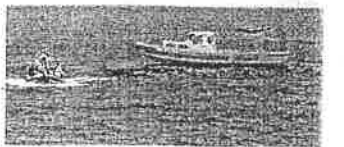
SAR 25.05.2017



SAR 10.10.2017



SAR 10.10.2017



SAR 10.10.2017



SAR 10.10.2017



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018

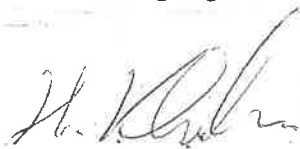
Innenminister Seehofer blockiert wird, halten wir diese Erklärungen für ein solches Zeichen des Widerspruchs. Wir fordern also auch Sie dazu auf, es ihren Kolleg\*innen gleich zu tun und Detmolds Bereitschaft, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen, öffentlich zu erklären. Vernetzen Sie sich mit Ihren Kolleg\*innen in den genannten Städten und werben Sie über Ihre Position für den entschlossenen Einsatz für etwas, was selbstverständlich sein muss:

**Die Rettung der Menschen, die ansonsten auf ihrer Flucht nach Europa ertrinken.**

Dass die Schutzbedürftigkeit von schutzsuchenden Menschen und nicht die Sicherung von Außengrenzen in den Mittelpunkt gestellt wird. Dass diesen Menschen ein Gesicht geben wird. Dass diesen Menschen in ihrer größten Not beigestanden wird und sie mit ihren Leiden und Sorgen nicht völlig allein und nicht völlig vergessen sind.

Wir benötigen Ihren Einsatz, Herr Heller und den Ratsherren\*innen! Was in Bonn, Köln, Düsseldorf, Bielefeld und Blomberg/Lippe möglich ist, sollte doch auch in Detmold möglich sein. Insbesondere wir Detmolder haben bekanntlich eine besondere historische Verantwortung mit Blick auf Toleranz und Menschlichkeit. Für Rückfragen oder ein offenes Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung.

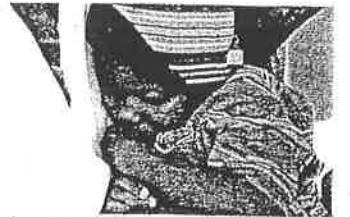
Mit freundlichen Grüßen



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018



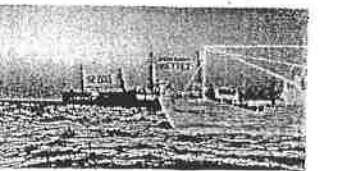
SAR 27.05.2018



SAR 27.05.2018



SAR 24.05.2018



# OFFENER BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER HERRN RAINER HELLER UND DEN RAT DER STADT DETMOLD

Detmold zum „sicheren Hafen“ im Sinne der Seebrücke machen

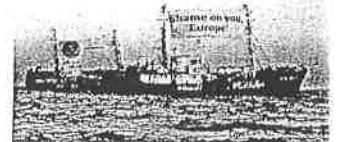
Kurzfassung vom offenen Brief vom 17.11.2018 für diese Unterschriftenlisten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie und den Rat der Stadt Detmold, weil wir die politische Stimmung, die in den letzten Monaten durch eine gezielte Debatte von Teilen der Bundesregierung und anderer politischer Vertretungen endgültig in offene Menschenfeindlichkeit gekippt ist, nicht mehr länger aushalten und unwidersprochen stehen lassen wollen. Insbesondere wir Detmolder haben bekanntlich eine besondere historische Verantwortung mit Blick auf Toleranz und Menschlichkeit. Daher fordern wir Sie dazu auf:

## Detmold zu einem „Sicheren Hafen“ zu erklären!

Name, Straße, PLZ, Ort:	Datum:	Unterschrift:
-------------------------	--------	---------------



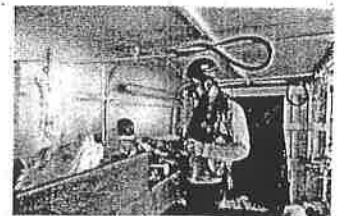
14°37'40"N, 14°27'19"E, 04:50 UTC



SAR 25.05.2017



SAR 25.05.2017



SAR 25.05.2018



SAR 24.05.2018



Rat und Recht – 1.25/2  
Gabriele Licht - Zimmer 306, Rathaus  
☎ 220 📠 8220  
E-Mail: [g.licht@detmold.de](mailto:g.licht@detmold.de)

Detmold, 22.11.2018

**DETMOLD**  
Kulturstadt  
im Teutoburger Wa

Es liegen Unterschriftenlisten mit insgesamt 139 Unterschriften (un-geprüft) vor, die von den Berechtigten während der Ratssitzung, in Session oder SessionNet eingesehen werden können.

**OFFENER BRIEF AN DEN BÜRGERMEISTER HERRN RAINER HELLER UND DEN RAT DER STADT DETMOLD**

EINGEGANGEN  
Stadt Detmold

Detmold zum „sicheren Hafen“ im Sinne der Seebrücke machen

Kurzfassung vom offenen Brief vom 17.11.2018 für diese Unterschriftenlisten

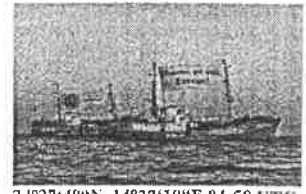
29. Nov. 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie und den Rat der Stadt Detmold, weil wir die politische Stimmung, die in den letzten Monaten durch eine gezielte Debatte von Teilen der Bundesregierung und anderer politischer Vertretungen endgültig in offene Menschenfeindlichkeit gekippt ist, nicht mehr länger aushalten und unwidersprochen stehen lassen wollen. Insbesondere wir Detmolder haben bekanntlich eine besondere historische Verantwortung mit Blick auf Toleranz und Menschlichkeit. Daher fordern wir Sie dazu auf:

**Detmold zu einem „Sicheren Hafen“ zu erklären!**

Name, Straße, PLZ, Ort:	Datum:	Unterschrift:
-------------------------	--------	---------------



34°37'40"N, 14°27'19"E, 04:50 UTC



SAR 25.05.2017



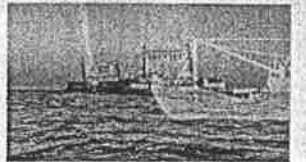
SAR 25.05.2017



SAR 25.05.2018



SAR 24.05.2018



Es liegen weitere Unterschriftenlisten mit insgesamt 20 Unterschriften (ungeprüft) vor, die von den Berechtigten während der Ratssitzung, in Session oder SessionNet eingesehen werden können.

Rat und Recht – 1.25/2  
Gabriele Licht - Zimmer 306, Rathaus  
☎ 220 ☎ 8220  
E-Mail: [g.licht@detmold.de](mailto:g.licht@detmold.de)

Detmold, 05.12.2018

**DETMOLD**  
Kulturstadt  
im Teutoburger We

Innenminister Seehofer blockiert wird, halten wir diese Erklärungen für ein solches Zeichen des Widerspruchs. Wir fordern also auch Sie dazu auf, es ihren Kolleg\*innen gleich zu tun und Detmolds Bereitschaft, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen, öffentlich zu erklären. Vernetzen Sie sich mit Ihren Kolleg\*innen in den genannten Städten und werben Sie über Ihre Position für den entschlossenen Einsatz für etwas, was selbstverständlich sein muss:

**Die Rettung der Menschen, die ansonsten auf ihrer Flucht nach Europa ertrinken.**

Dass die Schutzbedürftigkeit von schutzsuchenden Menschen und nicht die Sicherung von Außengrenzen in den Mittelpunkt gestellt wird. Dass diesen Menschen ein Gesicht geben wird. Dass diesen Menschen in ihrer größten Not beigestanden wird und sie mit ihren Leiden und Sorgen nicht völlig allein und nicht völlig vergessen sind.

Wir benötigen Ihren Einsatz, Herr Heller und den Ratsherren\*innen! Was in Bonn, Köln, Düsseldorf, Bielefeld und Blomberg/Lippe möglich ist, sollte doch auch in Detmold möglich sein. Insbesondere wir Detmolder haben bekanntlich eine besondere historische Verantwortung mit Blick auf Toleranz und Menschlichkeit. Für Rückfragen oder ein offenes Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

	Name, Straße, PLZ, Ort:	Datum:	Unterschrift:
1.			
2.			
3.			
4.			



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018



SAR 25.05.2018



SAR 27.05.2018



SAR 27.05.2018



SAR 24.05.2018

